

## Was wir über die öffentliche Meinung zu Bildungsreformen wissen

**Marius R. Busemeyer** [Universität Konstanz – Marius.Busemeyer@uni-konstanz.de]

**Philipp Lergetporer** [ifo Institut München – lergetporer@ifo.de]

**Ludger Woessmann** [Universität München und ifo Institut – woessmann@ifo.de]

Bildungsreformen sind nur dann politisch durchsetzbar, wenn sie von den Wählern akzeptiert werden. Die öffentliche Meinung ist somit entscheidend für die Umsetzbarkeit von Bildungsreformen. Bisherige Forschungsergebnisse offenbaren ein vielfältiges Bild der öffentlichen Meinung zu Bildungspolitik innerhalb der europäischen Länder. Bildung hat generell eine hohe politische Bedeutung bei der Bevölkerung, die Reformbereitschaft ist auffallend groß und die Bürger reagieren aufgeschlossen auf Informationen und angemessene Reformvorschläge.

[Übersetzt aus dem Englischen von Ramona Schachner.]

In der Bildungspolitik - sowie in vielen anderen Politikfeldern - scheitert die Umsetzung gut durchdachter politischer Reformen oft daran, dass die Reformvorschläge der Politiker mit öffentlichen Gegenreaktionen konfrontiert werden. Um die Erfolgchancen einer Reform beurteilen zu können ist es deshalb wichtig, die Dynamiken in der öffentlichen Meinung zu verstehen. Als Folge beschäftigt sich seit kurzem ein wachsender Teil der wissenschaftlichen Literatur mit diesen Dynamiken. Dabei wird mit alten und neuen Serien von Umfragen gearbeitet, um die öffentliche Meinung zu bildungspolitischen Themen zu beleuchten.

### NEUE STUDIENERKENNTNISSE ZUR ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Eine aktuelle Umfrage zur öffentlichen Meinung über die Bildungspolitik in acht westeuropäischen Ländern zeigt für den Bereich Bildung die höchste Zustimmung der europäischen Bürger zur Ausweitung von Investitionen – zusammen mit dem Gesundheitswesen (siehe Abbildung auf der Rückseite). Dabei widersprechen die Forschungsergebnisse den allgemeinen Erwartungen und bestätigen lediglich teilweise generationen- und einkommensabhängige Meinungsunterschiede bei der Befürwortung höherer Bildungsausgaben. Allerdings spielt die politische Einstellung eine wichtige Rolle, da sich die Zustimmung zwischen politisch Linken und Rechten unterscheidet. Außerdem beeinflusst der institutionelle Hintergrund innerhalb der jeweiligen Staaten die öffentliche Zustimmung.

Die Befürwortung von zusätzlichen Bildungsausgaben geht deutlich zurück, wenn die Bürger darauf hingewiesen werden, dass zusätzliche Investitionen Steuererhöhungen, höhere Staatsverschuldung oder Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen nach sich ziehen. Indes gibt es dennoch auch starken Zuspruch für öffentliche Investitionen und Förderung von beruflicher Aus- und Weiterbildung, welche

eine Alternative zur akademischen Hochschulbildung darstellt. Angesichts des starken Fokus der öffentlichen Debatte auf akademische Hochschulbildung ist dieses Resultat bemerkenswert. Schließlich zeigt die Umfrage auch eine starke Zustimmung für verschiedene Reformen bei der Steuerung von Bildung, insbesondere hinsichtlich schulischer Wahlfreiheit und der Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen, aber auch bezüglich gemeinsamer Unterrichtsmodelle.

### MEINUNGSBILD ZU SPEZIFISCHEN BILDUNGSTHEMEN

Untersucht man die öffentliche Meinung zu konkreten Bildungsthemen, so offenbaren neuste Meinungsumfragen in Deutschland, dass grundlegende Reformen in mehreren Bereichen des Bildungssystems von einem Großteil der Bevölkerung befürwortet werden. Zu diesen Reformvorschlägen gehören unter anderem die Bereitstellung gebührenfreier Kindergärten, die Einführung eines Ganztagschulsystems, national vergleichbare Prüfungen in den Schulen sowie nationale Abschlussprüfungen und einkommensabhängige Studiengebühren an Hochschulen. In der Schweiz finden Politikvorschläge wie höhere Ausgaben für Schulen, die Einführung der freien Schulwahl, die Möglichkeit der Ganztagsbetreuung für alle Schüler und die Anwendung standardisierte Tests und Eingangsprüfungen für weiterführende Schulen eine breite Mehrheit in der Bevölkerung. Die Erkenntnisse aus der Schweiz sind nicht zuletzt aufgrund des Systems der direkten Demokratie interessant, wodurch bildungspolitischen Maßnahmen häufig über Volksabstimmungen entschieden werden.

In US-amerikanischen Meinungsumfragen sind verschiedene Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht im Bildungssystem ein beliebtes Thema in der Öffentlichkeit. Vergleicht man Deutschland mit den USA, so lassen sich in einigen Berei-

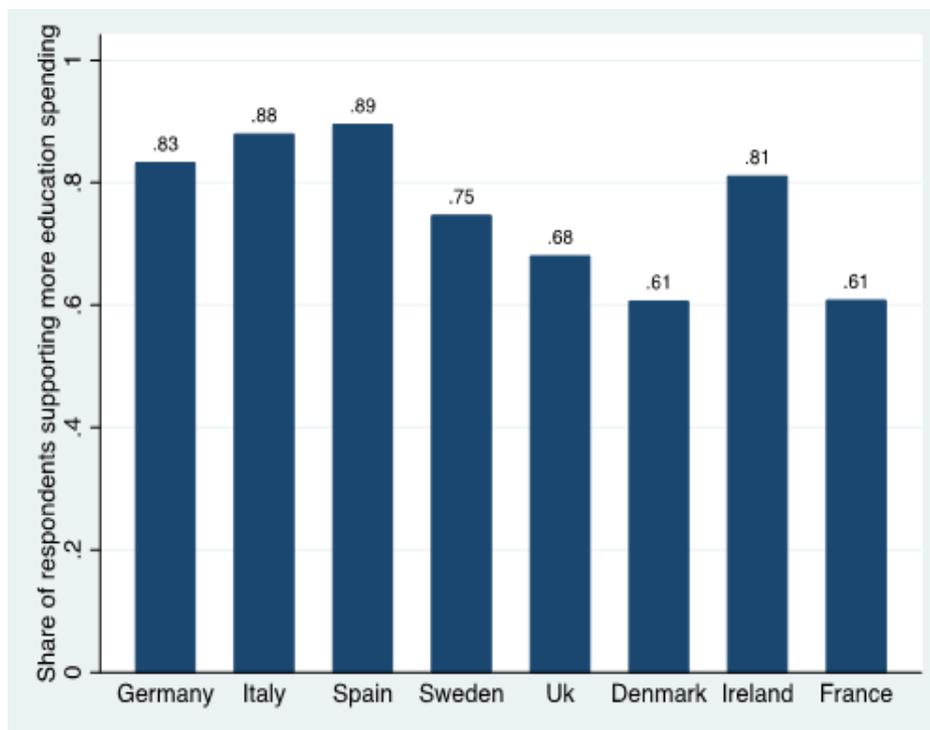
chen (z.B. bei der Erhöhung von Lehrergehältern oder differenzierte Bezahlung) unterschiede im öffentlichen Meinungsbild erkennen, während die Einstellung in anderen Bereichen sehr ähnlich ist (z.B. bei höheren Ausgaben für Schulen oder der Ausweitung von staatlich finanzierten vorschulischen Programmen).

#### DIE BEDEUTUNG VON INFORMATION

Die Befürwortung von Bildungsreformen hängt stark davon ab, inwieweit die Bürger über wichtige Fakten zu dem jeweiligen Reformvorschlag informiert sind. Vier Umfrageexperimenten in der deutschen Studie zeigen, dass eine randomisierte Bereitstellung von Informationen erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben kann. Aus den Ergebnissen lässt sich ableiten:

Erstens, Informationen zu dem derzeitigen Niveau der Bildungsausgaben oder der Lehrergehältern und gleichzeitige Hinweise auf den Finanzierungsbedarf durch Steuern verringert den Anteil der Befürworter von höheren Bildungsausgaben. Zweitens, die öffentliche Meinung zu Bildungsausgaben in verschiedenen Bildungsbereichen – von der Vorschul- bis zur Hochschulbildung – wird beeinflusst von der Bereitstellung von Informationen zu den derzeitigen Ausgabenniveaus und den Erkenntnissen aus der Forschung über die Wichtigkeit von Investitionen in frühkindliche Bildung. Drittens, eine mehrheitliche Ablehnung von Studiengebühren verwandelt sich in eine mehrheitliche Zustimmung wenn man Informationen über das relative Einkommen von Hochschulabsolventen bereitstellt. Das Experiment zeigt auch, dass eine klare Mehrheit der

#### Unterstützung für höhere Bildungsausgaben in acht europäischen Ländern



Anteil der Befragten, die "mehr" oder "viel mehr" Bildungsausgaben der Regierung bevorzugen.  
Quelle: eigene Berechnungen basierend auf INVEDUC Datensatz; siehe Literaturhinweis.

Bevölkerung einkommensabhängige Studiengebühren befürwortet. Viertens, Informationen über die Positionen bestimmter politischer Parteien können die Meinung der Befragten zu den jeweiligen bildungspolitischen Maßnahmen verändern.

Obwohl diese Ergebnisse Informationseffekten nicht direkt in die reale Welt übertragen werden können, liefern sie dennoch wichtige Hinweise darüber, in welchen Bereichen Informationen eine wesentliche Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung spielen.

Weitere Details unter: Marius R. Busemeyer, Philipp Lergertporer, Ludger Woessmann, *Public opinion and the acceptance and feasibility of educational reforms*. Analytical Report Nr. 28, Januar 2017, [http://www.eenee.de/dms/EENEE/Analytical\\_Reports/EENEE\\_AR28.pdf](http://www.eenee.de/dms/EENEE/Analytical_Reports/EENEE_AR28.pdf).